

Ein hoher Preis für das Klima?

Die Darstellung von führenden Grünen ist „Fürs Klima muss man Zugeständnisse machen“. Die ÖVP besetzt das Finanzministerium. In Kombination mit einem „ausgeglichenen Bundeshaushalt“ kann das letztlich bedeuten, dass von all den großen Ankündigungen wenig konkret überbleibt bzw. die Arbeiter*innenklasse bezahlt soll.

Seite 2

USA: Weg mit Trump?!

Am 18. Dezember wurde Donald Trump als erst dritter US-Präsident angeklagt. Die Demokraten klagen wegen „Machtmisbrauchs“ und „Behinderung der Justiz“. Die sozialen und ökologischen Verbrechen von Trump, seine Kriegspolitik etc. sind kein Thema. Keely Mullen und Kaitlyn Nicholson von Socialist Alternative aus den USA berichten.

Seite 12

Schwerpunkt

Die Autobranche ist eine Schlüsselindustrie der Weltwirtschaft. Trends und Entwicklungen sind hier besonders deutlich. So auch, wie die Klimakrise für Profitzwecke genutzt wird.

Seiten 7-10



VORWÄRTS SLP)

Normalpreis € 1,-
Solipreis € 2,-

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 284 | 02.19

Türkis-Grün? Wir sehen nur Schwarz!

„Unsere Kunden sind die Unternehmen“, verkündete ÖVP-Wirtschaftsministerin Schramböck. Wer Grün gewählt hat, hat auch diese Leute gewählt. Die Arbeitsteilung „Grün kriegt Klima und Anti-Korruption, die ÖVP den Rest“ entbindet die frisch gebackene Regierungspartei nicht von der Verantwortung für die ÖVP-Politik. Und die ist die Gleiche wie zuvor. Auf keiner Ebene nimmt die neue Regierung die Schweinereien von Schwarz-Blau zurück. Ja, bei Umwelt stehen jetzt ein paar ehrgeizige Phrasen im Programm (s. dazu Seite 2), aber für die



Sebastian Kurz wird genau so weitermachen wie bisher – weil die Grünen es ihm erlauben!

Regierung ist klar: Sie ist die Interessensvertretung der Konzerne. „Standortsicherung“, „wettbewerbsstark“,... - solche Begriffe prägen das Programm. Mehr über den Sinn sagen aber Wörter wie „Nulldefizit“ und

„Schuldenabbau“. Gleichzeitig werden 1,7-2 Milliarden € den Konzernen an Körperschaftsteuer erlassen, soviel ist schon fixiert. Der Staat verzichtet also auf Steuereinnahmen und gibt gleichzeitig mehr für Förderungen von Unter-

nehmen aus. Die Schlussfrage ist: Wie wird das finanziert? Was als „Verantwortung gegenüber der jüngeren Generation“ verkauft wird, ist eine erneuerte Kampfansage an alle Arbeiter*innen, Jugendlichen und auch

Natürlich werden die Unternehmen diese Offensive fortsetzen. Viele, die gegen Schwarz-Blau gekämpft haben, werden sich jetzt freuen, die FPÖ nicht mehr in der Regierung, sondern in der Krise zu sehen. Und ja: Es ist besser, wenn kein Rechtsextremist den Befehl über die Polizei hat. Aber sonst ist nicht viel gewonnen, wenn die gleiche Politik bei Sozialem, Wirtschaft, Bildung, Gesundheit, aber auch Rassismus und Repression fortgesetzt wird. Wir brauchen Widerstand, und zwar mehr als bisher, um das zu verhindern!

Till Ruster

Die SLP fordert:

- ÖGB und Betriebsräte müssen mobilisieren!
- Kämpfen wir für ein Offensivprogramm und machen wir Schwarz-Blau rückgängig!
- Knüpfen wir an Bewegungen zu Klima, KV & Do-Demos an und bringen sie zusammen!

Der Standpunkt

Von Sonja Grusch Wer grün gewählt hatte, um eine Neuauflage der letzten Regierung zu verhindern, steht vor den Scherben dieser Taktik. Denn auch das rassistisch-neoliberale Law & Order-Programm der FPÖVP-Regierung steht in weiten Teilen nun im Koalitionsvertrag mit den Grünen. Seit den 1980er Jahren dominiert die FPÖ die Politik und treibt die anderen Parteien vor sich her. Das liegt nicht bloß an einer besseren Medienstrategie, sondern daran, dass die FPÖ offener und brutaler sagt, was auch andere Parteien sagen. „Quoten für Migration“ sind kein qualitativer Unterschied zu „Ausländer raus“. Wer Frontex ausbauen und die „Grenzen schützen“ will, nimmt in Kauf, dass Flüchtlinge an ebendiesen sterben. Diese Linie ist die logische Konsequenz einer „österreichischen“ Politik. Alle etablierten Parteien geben vor, Politik „für Österreich“ zu machen.

Die FPÖ sitzt auch in der Regierung

Auch wenn manche „Solidarität“ mit anderen ergänzen, so gilt doch für alle „Österreich zuerst“. D.h. also alle anderen kommen an zweiter Stelle. Diese im Kern nationalistische Linie tut so, als ob es gemeinsame Interessen aller „Österreicher*innen“ gäbe. Als ob Haselsteiner und ein Bauarbeiter, Mateschitz und eine Kindergärtnerin oder Kurz und ein Krankenpfleger die gleichen Interessen hätten. Doch die Unterschiede ergeben sich nicht aus der Zufälligkeit, in welchem Land man geboren wurde, sondern daraus, ob man arm oder reich ist, ob man auf einen Job angewiesen ist oder von der Arbeit anderer lebt. Rassismus lässt sich nicht mit einer pseudo-gefinkelten Wahltaktik oder softerem Rassismus bekämpfen, sondern nur, indem Menschen unterschiedlicher ethnischer, aber gleicher sozialer Herkunft gemeinsam kämpfen. Und zwar für ihre tatsächlichen gemeinsamen Interessen gegen die (ebenfalls gemeinsamen) Interessen der Herrschenden.

Impressum, Offenlegung lt. § 25 des Mediengesetzes:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Die SLP ist eine politische Partei, deren Vertretung nach außen durch Bundesvorsitzende Sonja Grusch erfolgt. Die Redaktion der Zeitung VORWÄRTS hat Sonja Grusch inne. | Grundlegende Richtung: Sozialistische Information im Sinne der Programmatik der SLP | Sitz der Partei: 1200 Wien, Pappenheimgasse 2/1 | Auflage: Je nach Thema unterschiedlich | Druck: digiDruck.at, 2345 Brunn am Gebirge | Herstellungs- und Verlagsort: Wien | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U | Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 2560000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

Mogelpackung Ticketabgabe und Flugverkehr

Eine „Abgabe“ von 12 Euro pro Flugticket - das ist bisher die konkreteste Maßnahme der „Öko-sozialen Steuerreform“. Daran ist so gut wie alles falsch: Es eine Steuer, weil nicht zweckgebunden. Sie ist nicht sozial, da sie Erwerbstätige belastet, während Unternehmen Flugkosten weiterhin von der Steuer absetzen können. Und sie ist nicht ökologisch, weil Inlandsflüge zwar versteuert, Fernflüge aber

verbilligt werden. Ob eine tatsächliche Reduktion des Flugverkehrs und damit des CO₂-Ausstoßes damit erreicht wird, ist zumindest fraglich, da im konkreten Fall häufig keine attraktiveren Möglichkeiten (Bus oder Bahn) zur Verfügung stehen. Gleichzeitig wird die dritte Piste am Flughafen Wien gebaut. Eine Umrüstung der Mobilität auf Klimaneutralität wird so jedenfalls nicht im Ansatz erreicht.



Ein hoher Preis für das Klima?

Die Darstellung von führenden Grünen ist „Fürs Klima muss man in anderen Bereichen Zugeständnisse machen“. Die

ten Wirtschaftskrise noch beschleunigt werden.

Nicht einmal im Umweltbereich sind wirklich „große Würfe“ geplant, die Pläne

Die Politik der Regierung belastet Lohnabhängige, schützt Reiche und bringt kaum Klimaschutz.

ÖVP besetzt das Finanzministerium. In Kombination mit dem Ziel eines „ausgeglichenen Bundeshaushaltes“ kann das letztlich bedeuten, dass von all den großen Ankündigungen wenig konkret über bleibt bzw. die Arbeiter*innenklasse bezahlt soll. Die Umverteilung von unten nach oben geht weiter und wird mit Eintreten der nächs-

sind vage und bleiben hinter den notwendigen Maßnahmen meilenweit zurück. So soll je eine Milliarde für den Regionalverkehr außerhalb der Ballungsräume und eine für den Nahverkehr in Großstädten ausgegeben werden. Das ist eine Einmahlzahlung. Es ist unklar, wie sie finanziert wird. Nötig wäre laut AK eine jährliche Investition von 1 Milliarde Euro alleine in den Bahnverkehr.

Bei der Wärmedämmung soll die Sanierungsrate in Richtung 3% erhöht werden. Derzeit liegt die Rate unter 0.5%. Vermieter*innen sanieren nicht, weil das bei Altbauten teuer ist und Profite angreift. Nun kriegen Eigentümer*innen Förderungen. Früher forderten die Grünen eine Sanierungspflicht. Nun sind sie umgeknickt.

Der Ökostrom wird ausgebaut. Aber auf Kosten der Verbraucher*innen. Die zahlen das über die Ökostromumlage aus ihren Stromrechnungen. Das fördert private Stromkonzerne. Die Linie große Töne, wenig dahinter, wir sollen zahlen, Profite bleiben unangetastet zieht sich durchs ganze Regierungsprogramm.

Oliver Giel



Förderung der Klimakiller im grünen Gewand

Eine Milliarde müsste in die Öffis laut AK pro Jahr investiert werden, um die Klimaziele von Paris zu erreichen. Das entspricht etwa der Hälfte von dem, was türkis-grün den Unternehmen durch die Senkung der Körperschaftsteuer schenken wird. Dass das, was die Regierung bereit sein wird, zu investieren, sich daran annähert, ist unwahrscheinlich. Auch drängt die EU auf eine Privatisierung der ÖBB, was heißt, dass der

Staat die Investitionen in lohnende Strecken für Unternehmen übernimmt.

Beim Straßenverkehr bleibt alles beim Alten. Der Lobautunnel kommt. Das Dieselprivileg fällt nicht. Autobahnen werden ausgebaut. Die langjährige Forderung der Grünen nach einem Verbot von Verbrennungsmotoren kommt nicht. Die Pendlerpauschale bleibt für Autofahrer*innen reserviert und ist ein Geschenk für Besserverdiener*innen.



Gratis-Öffis sind nötig und möglich

Der Verkehr ist einer der größten Klimakiller. Die Lösung ist nicht der elektrische Individualverkehr, sondern ein flächende-

xemburg gibt es ab heuer den ersten landesweiten Nulltarif.

Freilich kann das nicht mit einer Politik gelingen,

schaftlichen Konkurrenz- kampf. Wenn hingegen der öffentliche Verkehr ganz in öffentlicher Hand ist, fällt der Profit weg.

Doch ein von den Klimakillern finanziert Nulltarif wird von der etablierten Politik nicht kommen, er muss von uns erkämpft werden. Die kommende Wien-Wahl kann dafür genutzt werden. Sehr gut macht das in diese Richtung der von Fridays For Future unterstützte Jugendrat, der u.a. ein gratis Wien-weites Öffi-Ticket fordert.

Eine aktive Kampagne kann Druck machen – denn die Führung der Gewerkschaften darf nicht aus der Verantwortung gelassen werden. Arbeitnehmer*innen, Armutsbetroffene, Jugendliche sind die Leidtragenden der Klimakatastrophe!

Helga Schröder

Nur Nulltarif zusammen mit Ausbau ermöglicht den Umstieg auf klimagerechten Verkehr.

ckend ausreichender und kostenloser öffentlicher Verkehr. Das haben sogar die Herrschenden erkannt und setzen – beschränkte – Maßnahmen. In verschiedenen Städten, z.B. Tallinn (Estland) und Manchester (Britannien) gibt es in unterschiedlichen Varianten und oft nur eingeschränkt, kostenlosen öffentlichen Verkehr. In Innsbruck und Graz gilt dieser im Wesentlichen für Tourist*innen. In Lu-

wie sie im aktuellen Regierungsprogramm steht. Im Gegenteil: Mit einer Vermögens- und Reichensteuer sowie einer ordentlichen Besteuerung von Gewinnen großer Unternehmen lässt sich öffentlicher Verkehr finanzieren. Auch ist dieser derzeit kostenintensiv, weil er zum Teil von privaten Unternehmen durchgeführt wird. Auch öffentliche Unternehmen unterliegen dem marktwirt-

Wenn die Verwaltung der Öffis nicht durch ein am Markt orientiertes Management, sondern durch Vertreter*innen der Passagiere – die ja in ihrer überwiegenden Zahl Arbeitnehmer*innen, Jugendliche und Pensionist*innen sind – passiert, dann kann der öffentliche Verkehr flächendeckend ausgebaut werden, ohne auf „Rentalität“ Rücksicht nehmen zu müssen.

Scheinlösungen und Halblösungen

Die Verteuerung für Autos je nach Emissionen bei gleichzeitigem mangelhaften öffentlichen Verkehr schafft keinen Umstieg, sondern nur Unge rechtigkeit. Wer es sich leisten kann, fährt weiter mit dem SUV und wer es sich nicht leisten kann, muss im ländlichen Raum trotzdem weiter mit dem alten Stinker fahren. In die zweitgrößte Stadt des Burgenlandes, Oberwart, fährt seit 2011 kein Zug mehr.

Das geplante „1-2-3-Österreich-Ticket“ könnte (wenn es jemals kommt) ein erster guter Schritt sein, jedoch ohne Streckenausbau im ländlichen Raum bestenfalls halbherzig. Die Finanzierung bleibt völlig offen. Konkrete Strecken und Linien finden sich nicht. Stattdessen wird intensiv auf Private gesetzt („Investprogramm für Privatbahnen“, Stützung der „Marktdurchdringung“ durch öffentliche Hand...).

Firmen bekommen neben Steuergeschenken undurchblickbare Förderungen: Über die Förderungsgesellschaft FFG gingen 2018 685 Mio. €, über den Wissenschaftsfonds FWF 230,8 Mio. € und 2017 über die Austria Wirtschaftsservice GmbH (AWS) 1,1 Mrd. € an private Firmen für Forschung und Entwicklung. Die Ergebnisse werden als Profit eingestreift. Im Vergleich: die ÖBB erhalten ca. 3 Mrd. an öffentlichen Geldern.

Vermögen sind kaum wo so wenig besteuert wie in Österreich. Je nach Modell könnte eine (sehr niedrige) Steuer auf Vermögen von über einer Million Einnahmen von 3,5-10 Milliarden pro Jahr bringen. Die Gemeinde Wien könnte mit Nulltarif finanziert durch die Besteuerung von Gewinn und Vermögen hier Vorreiterin sein. Von den Rats hausparteien ist das aber nicht zu erwarten – das müssen wir erkämpfen.

Der rechte Rand

Zitat von Göring, dass die "Waffen-SS anfangs nichts anderes war als die Kinderfreunde der SPÖ", "Frauen wollen Privilegien [...], aber wollen ihre Beine nicht spreizen", Werbung machen mit dem Treuelied der SS (an der Linzer Kepler Uni): Das sind Aussagen der selbsternannten Elite von rechts-aussen-Uni-Professoren. Dazu gehört Lothar Höbelt (erste beiden Beispiele), der an der Uni Wien unterrichtet und Jeff Hoeyberghs (3. Beispiel), ein Schönheitschirurg aus Belgien, welcher als Redner von einer dortigen Burschenschaft eingeladen war. Viele der Personen, die im Vorlesungssaal sitzen, sind keine 0815 Studenten, sondern überzeugte Rechtsextreme. Diese fühlen sich an den Unis wieder verstärkt wohl und es gibt viele weitere Beispiele: Werner Kuich, Alois Gruber (beides Au la-Autoren), Wilhelm Brauneder... Sie wollen zurück zu einer Universität der finanziellen Eliten. Sie wollen die Kinder v.a. aus der Arbeiter*innenklasse durch Studiengebühren fernhalten und sie wollen endlich die konservative Wende und die „68er“ loswerden. Die Verträge dieser rechten Recken werden aus den Unibudgets mit hunderttausenden Euro finanziert – damit Identitäre, RFJler, Burschenschafter und andere Rechtsaußen mittels Steuergelder ihre rassistischen, sexistischen und homophoben Ideologien verbreiten können. Kein Wunder, dass es dagegen Proteste gibt: An der Uni in Wien z.B. in den Vorlesungen von Höbelt. Oder in Belgien: Hier organisiert die sozialistisch-feministische Initiative ROSA Proteste gegen Hoeybergh.

Peter Hauer

Deutsch-Trainer*innen haben die Nase voll

AMS-Maßnahmen werden zunehmend nicht nur für Arbeitslose zur Qual: Auch die Kursleiter*innen leiden unter prekären Arbeitsbedingungen. So ist es für Deutschtrainer*innen in solchen Kursen üblich, nicht nur in der Klasse zu stehen und Deutsch als Zweitsprache unterrichten, sondern auch als verlängerter Arm des AMS mit endlosem Papierkram zu kämpfen, während man „nebenbei“ Lebensläufe für alle Kursteilnehmer*innen erarbeiten muss – und das Ganze für einen Niedriglohn. Dazu kommt, dass jede Unterrichtsstunde vor- und nachbereitet werden muss – der Kollektivvertrag (BABE) sieht hier aber nur eine schwammig formulierte „angemessene“ Arbeitszeit voraus. Das bedeutet in meinem Fall, dass für 30 Stunden in der Klasse 4 Stunden Vor- und Nachbereitungszeit (VNZ) angerechnet werden: 7 1/2 Minuten pro gehaltener Stunde. Es ist unmöglich, in so wenig Zeit sinnvollen Unterricht zu gestalten – für Gruppen, in denen die verschiedensten Erstsprachen, Altersgruppen und Lerntypen zusammenkommen. Der Rest der Arbeit wird dann eben in der Freizeit erledigt, unbezahlt.

Sebastian Kugler,
Deutschtrainer in Wien

Es ist verständlich, dass es bei vielen Kolleg*innen rumort: „Das ist alles so ein Scheiß hier, ich will endlich einmal richtig streiken!“ meinte ein Kollege letztens in einer kurzen und geheizten Pause zu mir. Mit dem Wunsch ist er nicht alleine. Doch es ist ein Teufelskreis: Die Gewerkschaft interessiert sich kaum für schlecht organisierte Bereiche – die jedoch vor allem deshalb schlecht organisiert sind, weil die Gewerkschaft sich nicht dafür interessiert. Doch immer mehr Kolleg*innen nehmen das nicht länger hin. In den Initiativen „Deutschlehrende in der Erwachsenenbildung“ (DiE) und der „IG DaZ“ organisieren sich kritische und kämpferische Kolleg*innen und Betriebsräte. Bei einem Treffen von DiE im Jänner wurden Forderungen beschlossen, für die es sich zu kämpfen lohnt: Vor allem eine bessere Einstufung aller Trainer*innen sowie 30 Minuten Vor- und Nachbereitungszeit pro Stunde. Für den Start der KV-Verhandlungen am 19.2. wurde eine Protestaktion beschlossen. Außerdem solidarisiert sich DiE mit dem Kampf der Kolleg*innen im SWÖ-KV: Gegenseitige Unterstützung ist notwendig, um endlich Verbesserungen zu erkämpfen!



Sozialbereich ausfinanzieren!

Organisationen im Sozialbereich klagen stets dass sie nicht mehr Personal einstellen oder höhere Löhne zahlen können,

oft nach Klient*innen und nicht nach Einrichtungen obwohl z.B. bei Wohnseinheiten die Kosten gleich bleiben. Das Personal ist

de vor kurzem die Extra-Berechnung für Kinder mit besonderem pädagogischem Bedarf gestrichen. Sie werden künftig gemeinsam mit bis zu 25 Kindern betreut.

Diese Kürzungspolitik geht seit Jahrzehnten und macht die Situation unerträglich. Eine Erhöhung von mindestens 10% bei Personal UND Gehalt ist umgehend nötig, es braucht mehr Geld von Bund und Land für den Sozialbereich. Dem müssen sich auch die Gewerkschaften stellen und endlich den Kampf um die Marie im Land führen. Die Aktivist*innen von „Sozial, aber nicht blöd“ sind dabei, den Druck dafür aufzubauen.

Jan Millonig

Das Defizit in Pflege, Betreuung und Sozialarbeit mit dem Vermögen der Reichen und Konzerne ausgleichen.

weil ihnen die öffentliche Hand nicht mehr Geld gibt – und verwaltet den Mangel anstatt ihn zu bekämpfen. Betroffene können das nicht hinnehmen.

Tatsächlich stellt bzw. kürzt die öffentliche Hand das Budget. Die jährliche Steigerung der Mehrkosten wird nicht abgeglichen. Bezahlt wird

chronisch unterbezahlt und überlastet. Oft ist nicht mal genug da, um den akuten Bedarf zu decken.

In Oberösterreich fehlen 107 Plätze in Frauenhäusern und es bräuchte insgesamt 50 Millionen Euro an Investitionen, vor allem im Behindertenbereich. In Wien wur-

Kurznachrichten aus Betrieb & Gewerkschaft

+ bz:

Grün ist die Hoffnung, grün ist das Logo der bz-Wiener Bezirkszeitung. Grün sind auch die sauren Gurkerl, die der Verein „Freischreiber“ der bz-Geschäftsführung überreichte. Die „Freischreiber“ organisieren freie Journalist*innen. Mit der Verleihung der sauren Gurkerln protestierten sie gegen miese Arbeitsbedingungen, niedrige Honorare und intransparente Strukturen bei der bz. Nun gilt es, diesen Protest zu Widerstand zu machen.

+ - Auf deiner Seite?

Die GPA stellt fest: „Über 1 Million Beschäftigte in Österreich haben keine unbefristete Vollzeitstelle, sondern haben andere Jobs. Mitunter sind diese Jobs unsicher und schlecht bezahlt.“ Sie startet eine neue Website. Wir erlauben uns die Frage: Wie konnte es überhaupt dazu kommen? Warum hat die Gewerkschaft nicht verhindert, dass Menschen in prekäre Jobs abgedrängt werden und dort wesentlich schlech-

tere Arbeitsbedingungen vorfinden? Die Botschaft der Website: Werde Mitglied, wir machen das dann für dich, viele Mitglieder sind die Basis für gute Abschlüsse. Doch nicht bloß viele Mitglieder, sondern kämpferische Gewerkschaftspolitik ist der Schlüssel zum Erfolg. Kämpfen mit den Kolleg*innen gemeinsam, nicht Verhandeln über die Köpfe der Kolleg*innen hinweg – das braucht es. Dann kommen die Mitglieder ganz automatisch.

- Lauda

Nachdem das Bordpersonal eine kämpferische Kolleg*in in den Betriebsrat gewählt hatte, verweigerte Laudamotion die Anerkennung dieser Wahl – und kündigte die Kollegin. Nun kam der nächste Angriff: Für Pilot*innen und Kabinenpersonal sollen getrennte Betriebsräte eingerichtet werden, um das Bordpersonal zu spalten. Die Gewerkschaftvida stellt sich korrekterweise dagegen – verweist aber nur auf das geltende

Recht. Auch die gekündigte Kollegin wird vor der Gewerkschaft nur vor Gericht vertreten. Es ist richtig, alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen. Doch das wird nicht reichen, um die Bosse wirklich zurückzuschlagen. Das geht nur, wenn sie die Macht der Beschäftigten spüren: Durch Streiks für bessere Arbeitsbedingungen! Nur so können auch die Spaltungs-Versuche der Geschäftsführung durchkreuzt werden.



Gesunde Ernährung – eine soziale Frage

Die Sozialversicherung für Selbstständige (SVA), bei der auch Freiberufler*innen und sogenannte „neue Selbstständige“ versichert sind,

sundheitsbewusstsein appellieren. Gleichzeitig sollen wir von ungesundem Verhalten abgehalten werden – so etwa durch abschrecken-

In welchem Maß man sich gesunde Ernährung „leisten“ kann, hat mit der sozialen Lebenssituation zu tun.

möchte die Versicherten zum gesunden Leben „erziehen“. Diese werden zur regelmäßigen Evaluierung der Parameter Blutdruck, Gewicht, Bewegung sowie Tabak- und Alkoholkonsum angehalten. Bei „guter Führung“ winken niedrigere Selbstbehalte.

Ob der Vitamindrink oder das fettreduzierte Joghurt – wir sind umgeben von Produkten, die an unser Ge-

de Aufdrucke auf Zigaretten-schachteln. Wir sollen so zu gesünderen Mitgliedern der Gesellschaft werden. Gesund bedeutet weniger Krankenstände und besser gerüstet für die Zumutungen des Arbeitslebens, daher verwertbar für das Kapital. Gesund bedeutet aber auch – insbesondere für Frauen – eine Figur, die den gängigen Schönheitsidealen entspricht.

Linke Gesundheitspolitik muss sich gegen die neoliberalen Propaganda der Selbstoptimierung und die autoritären Maßnahmen der SVA stellen. Für sie steht das tatsächliche Wohlbefinden der Menschen im Zentrum – nicht ihre Verwertbarkeit. Essen darf auch schlicht und einfach Genuss sein.

Zudem lenkt der Fokus auf die individuelle Verantwortung für die eigene Gesundheit von den eigentlichen Ursachen der Probleme ab. Welche Einkaufsmöglichkeiten in Wohnnähe vorhanden sind, welche Ernährungsangebote es am Arbeitsplatz gibt oder wie viel Zeit neben dem Alltagsstress für die Zubereitung von Nahrung bleibt, wird damit nämlich nicht hinterfragt. Auch der Umstand, dass die Besor-

gung und Zubereitung von Nahrung – und somit auch die Zusatzverantwortung für gesunde Ernährung – zum Großteil an Frauen hängen bleibt, wird nicht angesprochen.

In welchem Maß man sich gesunde Ernährung „leisten“ kann, hat mit der sozialen Situation zu tun. Die Alleinerzieherin, die zwischen Kindergarten und Job hin und her hetzt und sich Sorgen um die nächste Mieterhöhung macht, hat wenige Freiräume, um sich mit gesunder Ernährung zu befassen. Im Gegenteil befördern Stress und Zeitmangel eher den Griff zu Fertigprodukten und zuckerhaltigen Limonaden, die rasch Energie liefern.

Ernsthafte gesundheitspolitische Maßnahmen sind eine Arbeitszeitverkürzung bei

vollem Gehalt sowie die Einrichtung von Kantinen mit leistbaren gesunden Menüs in Schulen, Betrieben und Nachbarschaften. Ernsthafte Gesundheitspolitik bedeutet aber auch, Konzerne wie Nestlé oder McDonalds, die mit ungesunden Produkten viel Profit machen unter Kontrolle und Verwaltung von Gewerkschaften und Beschäftigten zu stellen, um die Produktlinie zu verändern. Dasselbe gilt für Agrarkonzerne, die aktuell u.a. von der EU mit unseren Steuergeldern subventioniert werden. Ebendiese sind nämlich durch den massenhaften Pestizid-Einsatz und ihre klimaschädliche Wirtschaftsweise eine Bedrohung für unsere Gesundheit.

Nora

Fankongress

Überteuerte Eintrittspreise, Polizeischikanen, Kommerzialisierung – die Problemliste, mit der sich österreichische Fußballfans herumschlagen müssen ist lang. Der Unmut unter den Fans wächst. Die Österreichische Fußball Bundesliga und der Österreichische Fußballbund versuchten, dem in der Vergangenheit mit Alibiveranstaltungen entgegenzuwirken. Man traf sich einmal im Jahr zu Gesprächen mit den Fans, um anschließend doch

wieder mit Großsponsoren und Polizei zu packeln.

Heuer läuft es anders. Am 11. Jänner boykottierten organisierte Fangruppen von 15 österreichischen Vereinen das Gespräch mit dem ÖFB und führten stattdessen ihren eigenen Fankongress durch. Es war das erste Mal, dass eine derartige Veranstaltung stattfand. Ein Schritt für den Aufbau einer kämpferischen Fanbewegung gegen Kommerz und Polizeigewalt ist damit gemacht.

Wirtschaft in Bildung

Die Regierung steht für die Anbindung von Bildung an die Interessen der Wirtschaft. Schon die Kleinen sollen „Wirtschaftsbildung und Financial Literacy“ bekommen. Es folgt „Entrepreneurship Education: Erarbeitung eines Konzepts, um unternehmerisches Denken im Bildungssystem zu verankern“ und natürlich sollen Firmen mehr mitreden, was gelehrt wird – inklusive steuerlicher Absetzbarkeit ihrer beeinflussenden Investitions. Auf der

anderen Seite versucht man, kritisches Denken raus zu halten: „Weltanschauungen, die in Widerspruch zu unseren demokratischen Werten und unserer liberalen Grundordnung stehen, dürfen in Schulen nicht verbreitet werden. Präventive Maßnahmen im Bildungsbereich, die das Abdriften von Kindern und Jugendlichen in radikale Milieus möglichst früh verhindern, sind auszubauen.“ Kann gegen sozialistische Ideen auch angewendet werden!

12. Februar

Am 12. Februar 1934 erhoben sich österreichische Arbeiter*innen gegen den Faschismus. Sie kämpften ohne Unterstützung durch „ihre“ sozialdemokratische Parteiführung und gegen das Bundesheer. Die Lehren aus dem Februarauftand sind auch heute wichtig. Mehr dazu in der SLP-Broschüre zu Austrofaschismus, Austromarxismus und einer Analyse von Trotzki zur Sozialdemokratie: Zu bestellen unter www.slp.at

Das war die LINKS-Gründungskonferenz

Am 10/11.1 kamen mehrere Hundert zur Gründungskonferenz von LINKS in der VHS 15 in Wien zusammen – mit dem Ziel, bei den Wiener Gemeinde- und Bezirksratswahlen anzutreten. Die relativ hohe Teilnehmer*innenzahl drückt den großen Wunsch nach einer linken Alternative aus. Die große Frage, die sich stellt, ist, wie so eine Alternative entstehen kann.

Von Organisator*innen, aber auch einigen Teilnehmer*innen der Konferenz wurde immer wieder betont, dass das Hauptziel der Einzug in den Gemeinderat ist. Wir schreiben dazu in unserer Stellungnahme zu den Wien Wahlen: "Das Ziel für Linke muss es sein, tatsächliche Verbesserungen für die Mehrheit zu erkämpfen und gleichzeitig die Organisierung der Arbeiter*innenklasse voranzutreiben. Deshalb ist es zentral, dass sich die Linke in sozialen Auseinandersetzungen und Klassenkämpfen verankert. Das ist auch die Grundlage, um langfristig erfolgreich zu sein." ... "Wenn das nicht gelingt und ein Wahlprojekt seinen Erfolg nur am, eher unwahrscheinlichen, Einzug in den Gemeinderat ausrichtet und misst, besteht die Gefahr, viel Energie zu verpulvern und Aktive enttäuscht zurück zu lassen."

Christoph Glanninger
Einen längeren Bericht
findet ihr
auf unserer Website

Leider wurde aber gerade dieses Verhältnis zwischen der Linken und sozialen Bewegungen und Klassenkämpfen kaum behandelt. Unter den vielen geplanten Reden waren kaum Aktive aus sozialen Bewegungen und keine einzige beschäftigte sich mit Widerstand aus Betrieben und Gewerkschaften. Mitglieder der SLP haben immer wieder versucht, diesen Punkt einzubringen. Z.B. betonte Michael Gehmacher, Betriebsrat beim Arbeiter-Samariter-Bund Wien - Wohnen- und Soziale Dienstleistungen GmbH, die Notwendigkeit, aktuelle Auseinandersetzungen im Sozial- und Gesundheitsbereich aufzugreifen. Außerdem machen wir im Flyer, den wir auf der Konferenz verteilt haben, Vorschläge, sich konkret mit der Klimabewegung zu verbinden.

Als SLP wollen wir auch in den nächsten Wochen diese Punkte rund um eine bewegungsorientierte Ausrichtung in LINKS und darüber hinaus einbringen: Wir schlagen die Unterstützung der Kämpfe im Gesundheits- und Sozialbereich (SWÖ), Kampagnen zur Ausfinanzierung des Sozialbereichs sowie für z.B. eine konkrete Klimaforderung wie z.B. für Nulltarif auf Öffis vor.

Christoph Glanninger
Einen längeren Bericht
findet ihr
auf unserer Website



Die Konferenz der SLP

Am 14. und 15.12.2019 hat die Bundeskonferenz der SLP stattgefunden. Zwei Tage lang wurde über den

allem die Beiträge der jungen Genoss*innen sind hervorzuheben. Für viele war es die erste Konferenz und

te sich eine Minderheit des CWI, die sich immer stärker in eine sektiererische Richtung entwickelt, ab und

**Vorbereitung für die kommenden Kämpfe von Arbeiter*innen und Jugend:
Wir haben eine Welt zu gewinnen!**

Aufbau unserer Organisation in Österreich und auf internationaler Ebene diskutiert, so wie über zukünftige Kampagnen. Grundlage für diese Diskussionen war eine tiefgreifende Analyse der momentanen politischen und wirtschaftlichen Situation und wie sich diese in den nächsten Jahren weiterentwickeln wird.

Die Teilnahme an den Diskussionen war rege. Vor

trotzdem waren die Beiträge allesamt gut durchdacht und lehrreich. Auch wurden Grußbotschaften von Sektionen rund um die Welt vorgelesen und Gäste aus Russland und England sprachen auf der Konferenz.

Der wohl zentralste Aspekt war der Beschluss der SLP, bei der Mehrheit des CWI, unserer internationalen Organisation, zu verbleiben. Mitte 2019 spalte-

nahm auf undemokratische Weise zahlreiche Ressourcen mit sich. Wir verurteilen dieses Vorgehen und unterstützen den Wiederaufbau des CWI international. Diese Konferenz gab der SLP die politische Grundlage, um erfolgreich in kommende Kämpfe intervenieren zu können und unsere Organisation, so wie die Arbeiter*innenbewegung aufzubauen.

Nicolas Prettner

Nicht Mit Mir 2020: Sozialistische Frauenbewegung voranbringen!

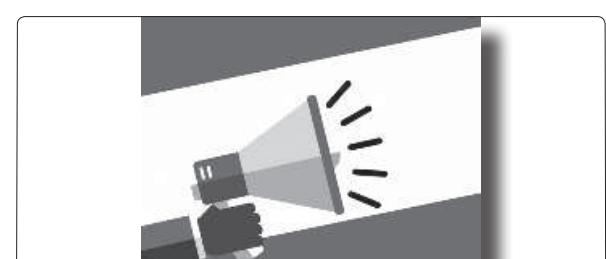


In Anwesenheit einer belgischen Aktivistin von ROSA reflektierten wir am 8. Dezember das vergangene Jahr. 2019 haben wir viel getan: Vom Seminar Anfang Jänner über den 8. März, die Regenbogenparaden in Wien und Linz sowie verschiedene Veranstaltungen über das ganze Jahr hinweg bis zum 25. November, dem Tag gegen Gewalt an Frauen. Vor allem bei jungen Frauen stieß unser Angebot auf Interesse. Auch 2020 werden wir

Frauenunterdrückung, die untrennbar mit der kapitalistischen Ausbeutung verbunden ist, weiter bekämpfen. Neben Aktivitäten im Zuge des 8. März werden wir auch die Wien-Wahl nutzen: Eine Ausfinanzierung des Gesundheits- und Sozialbereichs ist gerade für Frauen dringend nötig. Wir verlassen uns nicht auf schöne Worte der Politiker*innen, sondern sind Teil der Proteste der Betroffenen.

Monika Jank

Andere über uns



Für die Initiative Workers for Future sprach SLP-Mitglied Nora Brandes auf Radio Orange über das türkis-grüne Klimaprogramm. Sie erklärte, warum es keine Antworten auf die Klimakrise, dafür eine Menge Geschenke für Banken und Konzerne beinhaltet. Wir brauchen keinen grün gefärbten Neoliberalismus, sondern einen Bruch mit diesem System und eine demokratisch geplante Wirtschaft!

VORWÄRTSSCHWERPUNKT



Die Autobranche kriegt die Dauerkrise

Die Automobilindustrie ist die weltweit größte und dominante Industriebranche. Sie beschäftigt hundertausende Menschen im deutschsprachigen Raum, zehntausende in Österreich. Seit 100 Jahren hat sie die technologische Entwicklung des kapitalistischen Wirtschaftssystems bestimmt und war gleichzeitig immer wieder Schauplatz wesentlicher Kämpfe der globalen Arbeiter*innenbewegung. Doch spätestens seit den 1970er Jahren ist der Motor

davon betroffen. Die Branche forderte vom Staat finanzielle Unterstützung. Ähnlich wie die Großbanken konnten und können die Autohersteller auch damit rechnen, diese zu bekommen. Denn wenn die Autobranche einbricht, zieht sie einen ganzen Rattenschwanz weiterer Industrien mit in den Abgrund. Sowohl Zulieferbetriebe wie auch die Stahlindustrie bauen dann Stellen ab und schließen Werke.

Um die Profite der Autoindustrie zu schützen, wurden

zernprofiten aufgewendet. 2019 brachte auch die österreichische Bundesregierung die Einführung einer solchen Prämie ins Spiel.

Daneben wurde eine umfassende Modernisierungsoffensive gestartet. Die Fabriken wurden mit neuen, digital gesteuerten Maschinen ausgestattet. Sie sind auch von ungelernten Arbeiter*innen leicht zu bedienen, qualifizierte und somit teure Fachkräfte wurden abgewertet. Längst nehmen Leiharbeits- und Werkverträge in der

gegen Werksschließungen im Stich gelassen.

Gleichzeitig begann ein bis heute andauernder Konzentrationsprozess. So will sich die PSA-Gruppe, zu der auch Opel gehört, mit Fiat-Chrysler zum viertgrößten Autobauer der Welt zusammenschließen.

Hinzu kam ein weiterer Trick: Um teure und umweltschädliche SUVs unter die Leute zu kriegen wird nicht nur fleißig geworben sondern wurden komplexe Creditsysteme entwickelt. So ist es in den USA derzeit üblich, für den Kauf eines neuen Autos das alte in Zahlung zu geben, auch wenn dieses längst nicht abbezahlt ist. „Spiegel Online“ schrieb dazu am 30.11.2019: „Immer mehr Amerikaner finanzieren den Autokauf mit extrem lang laufenden Krediten. Oft sind die Schulden am Ende höher als der Wert des Fahrzeugs. Die Parallelen zur Finanzkrise 2007 sind erschreckend.“

Zwar konnte durch all diese Maßnahmen der weltweite Autoabsatz vorübergehend wieder gesteigert werden, spätestens jetzt ist damit aber wieder Schluss. In China sind die Verkäufe seit 2018 rückläufig. Die besten-

falls stagnierenden Reallöhne, der Dieselskandal sowie die wachsende Kritik am motorisierten Individualverkehr durch die Klimabewegung tun ihr übriges. Allein in Deutschland drohen die Autokonzerne bis 2030 mit über 600.000 Jobverlusten. Das wird Auswirkungen auf Österreich haben, hier ist jeder 9. Job von der Branche abhängig.

Auch und gerade für die Arbeiter*innenbewegung ist dies eine große Herausforderung. Klar ist: Ein „weiter wie bisher“ kann es nicht geben. Die von den Gewerkschaftsspitzen verfolgte Strategie, Standorte im eigenen Land gegen jene in anderen Ländern auszuspielen hat schon in der Vergangenheit nicht funktioniert und wird auch in der kommenden Krise nicht funktionieren. Jobs zu retten bedeutet heute mehr denn je, sich Gedanken über die Planung einer zukunftsfähigen, ökologischen Industrie zu machen, die sich an den Bedürfnissen der Menschen und nicht an Profiten orientiert. Für diese dringend nötige Debatte möchte dieser Vorwärts-Schwerpunkt einen Beitrag leisten.

Christian Bunke

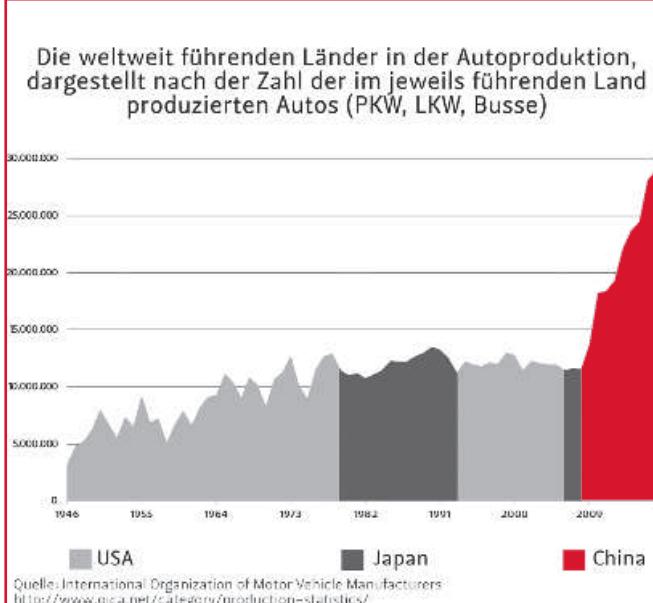
Die Leitindustrie der kapitalistischen Weltwirtschaft schwächt. Mit ihr schwächtelt das ganze System.

ins Stocken geraten. Immer wieder kam es zu Überproduktionskrisen, denen die Bosse u.a. mit neuen technischen Innovationen und stets zu Ungunsten der Beschäftigten zu begegnen versuchten.

Mit der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008 begann eine neue Phase dieses Kreislaufs. Der Absatz brach dramatisch ein. Zehntausende verloren ihren Job. Besonders Leiharbeiter*innen waren

ab 2009 in einer Reihe von europäischen Ländern sowie Russland und den USA sogenannte Verschrottungsprämien eingeführt. Z.B. zahlte die deutsche Bundesregierung eine „Umweltpremie“ von 2.500 Euro für jedes der Verschrottung übergebene Privatauto. So sollte der Kauf von Neuwagen angekurbelt werden, Umweltbelange waren da zweitrangig. Allein in Deutschland wurden damit 5 Milliarden Euro Steuergelder zur Rettung von Kon-

Autobranche immer mehr zu. Werke in Hochpreisländern wie Deutschland werden geschlossen, das Opelwerk in Wien-Aspern wird zunehmend abgewickelt. Große Motorenfabriken entstehen dagegen in Ländern mit niedrigem Lohnniveau wie zum Beispiel Ungarn. Die Gewerkschaftsspitzen sahen dem Stellenabbau tatenlos zu. Kämpferische Belegschaften mit linken Betriebsstrukturen wie etwa bei Opel Bochum wurden im Kampf



Zahlen & Fakten

► **Die Autoindustrie** in Kombination mit der Ölindustrie stellt seit Jahrzehnten in etwa 7 von 10 der mächtigsten Unternehmen der Welt. 80% des Kapitals ist bei 12 Konzernen konzentriert. Die Umsatzentwicklung der Autoindustrie folgt seit den 1970er Jahren der Entwicklung des weltweiten Wirtschaftswachstums.

► **1999 wurden** 3% der weltweit erzeugten Autos in China produziert, 2007 bereits 12% und 2017 waren es 29,7%. In den letzten 10 Jahren fiel der Anteil der in der EU produzierten Kraftfahrzeuge von 27% auf 19,6%.

► **Die 29 größten** Autohersteller kündigten Anfang 2019 an, insgesamt 300 Mrd. US-Dollar in die Entwicklung von Elektroautos zu investieren, 135 Mrd. US-Dollar davon in China. Der VW-Konzern alleine hat eine Investitionssumme von 91 Mrd. US-Dollar angekündigt.

► **Der Anteil** der Elektroautos betrug 2018 in China 1,5% aller PKWs. In Deutschland machen 2018 Elektroautos 0,12% des PKW-Bestands aus. Hohe Wachstumsraten und verstärkter Absatz des E-Autos müssen vor dem Hintergrund gesehen werden, dass

sie von einer niedrigen Basis ausgehen. Nach wie vor hat der Großteil aller verkauften PKWs einen Verbrennungsmotor.

► **Jedes 3. - 4. Auto**, das bei BMW, Audi, Daimler oder VW vom Band rollt, ist ein SUV. ► **Ein** durchschnittliches Elektroauto hat eine Reichweite von 200 km und ca. 7 Stunden Ladezeit.

► **In der österreichischen** Autoindustrie sind ca. 41.000 Arbeiter*innen direkt beschäftigt. Zählt man auch die Zuliefererindustrie dazu, entspricht es ca. jedem 9. Arbeitsplatz in Österreich.

► **Die Kosten** für den 40-tägigen Streik bei GM/USA 2019 belaufen sich Schätzungen zufolge auf rund 2 Mrd. Dollar.

► **Bereits 1970**, noch vor dem Druck der Erdölkrisse, ergab eine Umfrage der deutschen Gewerkschaften: 75 % der Bevölkerung forderten, dem öffentlichen Personennahverkehr den Vorzug gegenüber dem Straßenausbau zu geben, 68% plädierten für generelle Einschränkungen des PKWs. Nichts davon wurde umgesetzt, sondern die damals amtierende SDP-FDP Regierung war im Gegenteil verantwortlich für das bis dahin größte Straßenrealisierungsprogramm.

Es gibt kein „Klima versus Jobs“-Dilemma

Spätestens seit 2019 zeichnet sich eine neue gravierende Krise der Autoindustrie ab. Dabei war 2018 noch ein Rekordjahr bei Umsatz und erzeugten KFZ. Doch nun liegen sogar in China 19% der Produktionsanlagen still. Nach einer Prognose des Fraunhofer-Instituts

nen neuen Antriebsstrang, der die chinesische Industrie an die Spitze der Branche bringen sollte.

Trumps Konflikt mit China wurzelt auch in diesem Wettbewerb. Wie auch die Förderung von Industrie 4.0 und der „Green Deal“ der EU Ausdruck der Angst des

Die Klimadebatte kommt der Autoindustrie gelegen, um die wahren Ursachen der Krise zu verschleiern.

für Arbeitswirtschaft werden bis 2030 rund 125.000 der aktuell 800.000 Stellen in der deutschen Autoindustrie wegfallen. Auch Österreich ist betroffen, etwa jeder 9. Job hängt an dieser Industrie.

Sie ist eine der ältesten und größten Industrien im internationalen Kapitalismus. Trends und Entwicklungen kann man hier gut beobachten. Zur „Lösung“ aller großen Krisen der Autoindustrie griff man zur direkten Senkung der Arbeitskosten sowie dem Erschließen neuer Regionen für billigere Produktion bzw. mehr Absatz. In den 1980ern war es Japan, dann Osteuropa und China.

Nach der bisher größten Krise der Branche 2008 verlagerten die westlichen Konzerne innerhalb von zwei Jahrzehnten große Teile der Produktion nach China. Die „alten“ Granden der Autoindustrie, v.a. aus den USA, Deutschland und Japan, sind bei den Verbrennungsmotoren führend. China aber subventioniert massiv das Elektroauto, ei-

europäischen Kapitals sind, den Anschluss zu verlieren.

Denn am Beginn der nächsten Krise stellt sich die Frage nach neuen Märkten – hier sucht man durch Umstellung bzw. Erweiterung der Produktion auf einen neuen Motor nach einem Ausweg. Daimler, VW, Audi & Co. wollen immer mehr weg vom Verbrenner- und hin zum Elektromotor.

Diesen Wandel wollen sie mit öffentlichen Fördergeldern sowie Sparprogrammen und Personalabbau finanzieren. Seit Jahren baut die Branche Stellen ab. Doch es ist nicht die (vermeintliche) Ökologisierung, die Jobs kostet, sondern der Prozess der Automatisierung und Produktionsverlagerung.

Mit jeder Krise gab es die Debatte, wie der Autoverkehr umweltfreundlicher gestaltet werden könnte: Biodiesel, Emissionsbegrenzung und nun das Elektroauto. Aus Sicht der Autoindustrie ging es nie um „die Umwelt“, sondern

darum, die Krise zu überwinden – mit Hilfe fetter staatlicher Subventionen.

Die Automatisierung der Branche war Eckpfeiler und Dilemma. Mit Einführung der Serienproduktion durch Henry Ford 1907 stieg die Produktivität und der Aufstieg des US-Kapitalismus wurde voran getrieben. In den 1980er Jahren gelangte Japan dank Automatisierung gerade in der Autoindustrie in die Spitze der Weltwirtschaft. „Die fressen uns auf“ klagte US-Manager Henry Ford II. Die USA mussten mithalten und so waren die 1980er nicht nur der Aufstieg Japans, sondern auch der Untergang Detroits. Die gestiegene Produktivität in Detroit rettete zwar vorübergehend die Profite, aber nicht die Jobs, diese wurden entweder gleich gestrichen oder später die Produktion verlagert. Mitte des 20. Jahrhunderts hatten in Detroit noch 214.000 in der Autoindustrie gearbeitet, 1990 waren es nur noch 104.000!

Durch die Automatisierung verdoppelte sich in den letzten 50 Jahren der Output, die Wertschöpfung verdreifachte sich. Die gestiegene Produktivität landet v.a. als Gewinn in den Taschen der Aktionär*innen. Gleichzeitig führte der Jobabbau zu steigender Arbeitslosigkeit.

Henry Ford brachte vor knapp 100 Jahren nicht nur das Fließband in die Branche, sondern verknüpfte Autonutzung auch mit Privatbesitz. Und so gilt auch heute: Elektroauto statt Verbrenner, oder noch besser: Elektroauto als Zweit-



auto – und nicht Ausbau des Öffentlichen Verkehrs, der wurde zurückgebaut, privatisiert und verteuert.

Der ökologische Nutzen von Elektroautos ist mehr als fraglich: Neben ungeklärten Fragen zur Energie speicherung und -erzeugung bleibt es im Konzept des Individualverkehrs haften. Auch Jobs werden in Summe mit dem Trend

sierung macht die Produktion schnell wandelbar. Allerdings nur, wenn man das Diktat des Profits überwindet und im Interesse der Gesellschaft, nicht im Interesse weniger Konzerne handelt.

Die Geschichte der Autoindustrie ist von Arbeits kämpfen geprägt – hier liegt auch der Schlüssel zur erfolgreichen Ökologisie rung. Der Grad der gewerk-

schaftlichen Organisierung dieser Branche ist traditionell hoch, begünstigt durch große Fabriken mit vielen Beschäftigten an einem Standort. In kaum einer Branche ist streiken so effektiv und schmerhaft für die Bosse. Das machte die Autoindustrie, als Teil der Metallindustrie, zum Wegweiser für andere Branchen in Bezug auf Lohnverhandlungen, Arbeitszeit, Ge sundheitsversicherung etc.

In den letzten Jahren flammten vermehrt Arbeitskämpfe auf. 2017 erreichte ein Streik bei VW in der Slowakei eine Lohn erhöhung von 13,5%, 2019 einer bei Audi in Ungarn +18%. Und 2019 endete erst nach 40 Tagen der Streik bei General Motors in den USA. GM hatte 2018 noch 10 Mrd. € Profit verzeichnet, erhielt massive Steuererleichterungen und Subventionen. Trotzdem sollten Standorte geschlossen und Produktion verlagert werden. Bei den Lohnver

handlungen 2019 platzte den Beschäftigten der Kragen. 50.000 Arbeiter*innen an 55 Standorten legten die Arbeit nieder. Das Ergebnis ist nur ein Teilerfolg, weil die Gewerkschaftsführung nicht bereit war, den Kampf in der nötigen Konsequenz zu führen. Denn die Gewerkschaftsbürokratie, die gerade in der Autoindustrie teils absurde Blüten treibt, spielt oft eine negative Rolle. Betriebsräte*innen sehen sich häufig als Teil des Managements und agieren „für das Unternehmen“. Ihr Lebensstandard ähnelt teils mehr dem der Chefetagen als jenem der Kolleg*innen. Die Folge: Sie verhindern bzw. bremsen Streiks, unterwerfen sich dem „Spardiktat“, akzeptieren schwache Lohnabschlüsse trotz hoher Profite. Die Gewerkschaftsbürokratie zeigt sich auch in der Klimadebatte auf der Seite der Unternehmen. Die Erhaltung von Jobs wird der Klimakrise entgegen gehalten, anstatt Arbeitszeitverkürzung und Umstellung der Produktion zu erkämpfen. Denn es sind die Arbeiter*innen, die am meisten von der Klimakrise betroffen sind.

Die Gewerkschaftsführung versagt dabei, die wahren Ursachen der Krise aufzuzeigen. Was Jobs gefährdet, ist die Profit- und Wettbewerbslogik der kapitalistischen Produktionsweise. Das Dilemma ist nicht Klima oder Jobs, sondern eine Wirtschaft und Gesellschaft für Arbeiter*innen oder eine für das Kapital.

Martina Gergits



Marx aktuell

Das Ziel aller Kapitalist*innen ist, möglichst viel Profit im Vergleich zu dem von ihnen vorgeschoßenen Kapital zu machen. Dieses teilt Marx in zwei Kategorien: 1) das konstante Kapital (c), z.B. Maschinen und Werkzeuge. 2) das variable Kapital (v) – also die Lohnsumme für die menschliche Arbeitskraft.

Die Kapitalist*innen kaufen unsere Arbeitskraft für eine bestimmte Zeit. Der Lohn entspricht im Durchschnitt dem Wert unserer Arbeitskraft – ist aber weniger als der Wert unserer gesamten in dieser Zeit geleisteten Arbeit. Das Kürzel (m) steht für diesen Mehrwert. Der Wert jeder Ware ist also $c+v+m$. (m) ist die Differenz zwischen vorgeschoßinem Kapital und dem Wert der Ware, also das, woraus die Kapitalist*innen ihren Profit schlagen. Das Verhältnis (m) zu (v) nennt Marx die Mehrwertrate (m/v). Sie zeigt, wieviel von unserer Arbeit wir tatsächlich be-

Profitraten in der Auto(matisierten) Produktion

zahlt bekommen – und wieviel die Kapitalist*innen einstreichen.

Der tatsächliche Profit bemisst sich aber im Verhältnis des Mehrwerts zum gesamten vorgeschoßenen Kapital ($c+v$). Marx definiert deswegen die Profitrate als $m/c+v$. Da die Ausweitung des Arbeitstages (absoluter Mehrwert) nur begrenzt möglich ist, versuchen die Kapitalist*innen, die Produktivkraft der Arbeit mittels neuer Technologie und Maschinen zu steigern (relativer Mehrwert). Das führt dazu, dass (c) größer wird. Die organische Zusammensetzung des Kapitals (c/v), also der Grad der Mechanisierung, nimmt zu. Das zeigt die Entwicklung der Autoindustrie. 2017 war die Beschäftigtenzahl mit 8,4 Millionen ähnlich wie 1970, die Zahl der pro Jahr hergestellten KfZs stieg jedoch von 16,5 auf 96 Millionen – eine unglaubliche Steigerung der Produktivkraft. Doch weil die Arbeitskraft jetzt noch effektiver ausgespielt werden kann, hat sie einen immer geringeren Anteil am Gesamtprodukt. Nimmt die organische Zusammensetzung des Kapitals (c/v) folglich stärker zu als die Mehrwertrate (m/v), dann führt das zu sinkenden Profitraten.

Dieser Dynamik versuchen die Kapitalist*innen entgegenzuwirken: Jobs streichen, um „überflüssige“ Ausgaben für variables Kapital zu reduzieren. Schicht- und Nachtarbeit, um die Maschinenlaufzeit zu erhöhen und konstantes Kapital effizienter zu nutzen. Investitionen in E-Mobilität und autonomes Fahren, um neue Märkte zu sichern. Letzteres hat zwei wichtige Folgen: Erstens werden für Elektroautos weniger Bauteile und darum weniger Beschäftigte gebraucht, die organische Zusammensetzung nimmt also noch mehr zu. Zweitens sind die nötigen Investitionen für neue Technologien sehr hoch. Um sich gegen die US Tech-Giganten (Tesla, Google & Co) zu behaupten und die Kosten für konstantes Kapital zu drücken, bedarf es vermehrter Kooperation (z.B. BMW & Daimler) und Fusionen (Fiat Chrysler & PSA Renault). Auch hier folgen die aktuellen Ereignisse den historischen Entwicklungen. 1974/75 gab es 25 relevante Autokonzerne, heute 12. Die Zuliefererindustrie dominieren weltweit nur drei bis fünf Konzerne.

Philipp Chmel

Zum Weiterlesen

SLP-Broschüre:
Basiswissen Marxismus – Politische Ökonomie
Bestellen unter: slp.at



Links abbiegen

Der Mensch bewegt sich, ist mobil. Es ist etwas Positives, dass Menschen nicht ihr Leben auf wenigen Quadratkilometern verbringen müssen, sondern die technischen Möglichkeiten auch zu weiten Reisen bestehen. Andererseits ist es für niemanden angenehm, stundenlang zur Arbeit oder Schule zu pendeln.

Wohin die Reise der türkis-grünen Regierung bezüglich Mobilität geht, wird

angewiesen, um von A nach B zu kommen. Die Autoindustrie setzte in den 80er Jahren und dann auch mit der EU ihre Interessen gegen ein besser ausgebautes öffentliches Nahverkehrssystem durch.

Die aktuelle Debatte rund um mehr oder weniger Elektroautos ist eine Themenverfehlung, weil sie nicht das viel grundlegendere Problem des Individualverkehrs angreift. Ein

markt, zum Arzt oder in die Arbeit zu kommen und am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können. Es braucht intelligentere Planung und Ausbau von öffentlichen Verkehrsmitteln, damit kein Auto zum Erreichen von zentraler Infrastruktur, Schulen und dem Arbeitsplatz gebraucht wird. Für die „letzten Meter“ können öffentlich zur Verfügung gestellte E-Autos oder E-Roller so-

ge Jobs können für die Erzeugung nachhaltiger Energie und Produkte geschaffen werden. Niemand, der heute in einer Branche arbeitet, die zu den „Umweltsündern“ gehört, wird arbeitslos – wenn wir Wirtschaft und Gesellschaft von der Profitlogik befreien.

Auch die Zersiedelung – das ungeplante Wachstum von Städten und die ineffiziente Ausnutzung der Siedlungsfläche – ist ein Problem. Nur mit demokratischer Planung kann nachhaltige, sinnvolle und ökologische Siedlungspolitik umgesetzt und auch so ein massiver Schritt zur Vermeidung von Pendlerverkehr gemacht werden. Wenn aber die Arbeitszeit kürzer ist und wir mehr Urlaub haben, dann ist Reisen kein hastiges um die Welt Jetten, sondern der Weg zum Urlaubsziel ist Teil des Urlaubs.

In einer Gesellschaft, in der nicht Profite, sondern menschliche Bedürfnisse im Zentrum stehen, werden wir auch unsere Städte anders gestalten. Keine Straßen, in denen die Autos sich stauen, sondern Grünanlagen und Begegnungszonen zum Spielen, Verweilen und Sport treiben. Eine weitgehend autofreie Stadt wird nicht durch Massensteuern wie eine City-Maut erreicht werden, sondern durch den massiven Aus-

bau eines kostenlosen öffentlichen Verkehrs. Zugfahren ist rund 31-mal und öffentliche Verkehrsmittel sind rund 15-mal klimafreundlicher als das Auto. Der Umbau bringt auch eine massive Reduktion von Lärm für Anrainer*innen und verbessert die Luft. Das alles würde die Lebensqualität für alle heben, insbesondere für jene, die heute aus Geldgründen in Wohnungen bei viel befahrenen Straßen leben müssen.

Die angesprochenen Punkte können nur ein grober Überblick über die Vielzahl an Problemfeldern, aber auch an Möglichkeiten sein; Reduktion von Flugverkehr, die notwendige Verstaatlichung der Energie-Industrie und des Transportsektors, Verlagerung des Transports auf die Schiene etc. gehören ebenso dazu. Wir müssen weg vom privaten Individualverkehr und hin zu einem öffentlichen Kollektivverkehr. Viel mehr als das Elektroauto braucht es dafür ein demokratisch geplantes Verkehrskonzept und ein neues ökologisches Mobilitätskonzept im Interesse der Umwelt und der arbeitenden Bevölkerung. Die Ideen und technischen Möglichkeiten gibt es längst, das Geld zur Finanzierung auch – die Umsetzung aber müssen wir erkämpfen.

Stefan Brandl

Für leistbare und umweltfreundliche Mobilität für alle braucht es ein völlig anderes Verkehrskonzept.

an drei Maßnahmen deutlich: Flugtickets sollen mit einer Steuer von 12.- belegt werden, die weder die Zahl der Flüge reduziert noch wird das Geld zweckgebunden für Umweltschutz eingesetzt. Privatbahnen sollen gefördert werden. Und bei Arbeitslosen sollen die Zumutbarkeitsbestimmungen verschärft werden – was mehr Pendeln bedeutet.

Am Konzept des Individualverkehrs wird nicht gerüttelt. Abgesehen von städtischen Ballungszentren sind Menschen großteils auf individuelle Verkehrslösungen (Auto, Fahrrad aber auch zu Fuß gehen)

echtes Programm zu nachhaltiger Mobilität muss mit diesem Konzept brechen und auf ein kollektives geplantes Verkehrswesen setzen. Das bedeutet u.a. den Ausbau von kostenlosen Straßenbahnen, Bus- und Zuglinien sowie anderer öffentlicher Verkehrsmittel in Städten, um diese überwiegend autofrei zu halten. Es geht um den generellen Abbau der Notwendigkeit des Individualverkehrs.

In Wien ist die Auto-Quote nur ungefähr halb so hoch wie in „ländlichen“ Bundesländern wie Ober- oder Niederösterreich. Das Auto wird gebraucht, um in die Schule, den Super-

wie ein öffentliches Sammeltaxisystem Lücken im Netz überbrücken. Ein sozialistisches Verkehrskonzept bedeutet nicht die Einschränkung der persönlichen Freiheit durch das „Wegnehmen“ des Autos, sondern, einen grundsätzlich anderen, kollektiven und demokratisch geplanten Zugang zu Reisen und Mobilität zu etablieren.

Die Wiederbelebung regionaler Infrastruktur schafft nicht nur Jobs, sondern auch Lebensqualität. In einer demokratisch geplanten Wirtschaft kann Stahl für Schienen und Straßenbahnen statt für Autos und Auspuffe produziert werden. Unzählige

Bilde eine Klimaaktionsgruppe an deiner Schule!

Es ist nicht zu übersehen, dass unser Planet leidet. Er leidet unter einem System, welches die Natur für den Profit von einigen Wenigen ausbeutet. Doch was können wir als Schüler*innen dagegen tun? Wir müssen uns wehren, aktiv werden, Eigeninitiative setzen! Der Anfang ist bereits gemacht: Fridays for Future hat sich im letzten Jahr sehr stark entwickelt. Überall auf der Welt streiken Schüler*innen, um den Planeten und die Menschheit vom Aussterben zu retten.

Während der Schulzeit zu streiken ist aber nur der erste Schritt. Wir müssen uns längerfristig organisieren. In Wien bildet sich gerade ein „Jugendrat“ von aktiven Schüler*innen verschiedener Schulen. Sie fordern Gratis Öffis – eine wichtige Forderung für das Klima und für alle, die täglich zur Arbeit fahren müssen! Deswegen ist sie auch eine Möglichkeit, Beschäftigte aller Art in die Klimabewegung hinein zu holen. Das ist auch wichtig, um erfolgreich zu sein: Die kapitalistische Politik ignoriert uns Schüler*innen, solange wir keine Gefahr für ihren Geldbeutel sind. Wenn aber Betriebe stehen, weil die Beschäftigten streiken und Konzernbosse dann keinen Profit mehr machen, sieht es anders aus!

Schüler*innen, Beschäftigte – Wir alle, die zur Arbeiter*innenklasse gehören, müssen uns vereinen, um die Zukunft zu retten! Nur so werden wir es schaffen, dieses System zu stürzen und unseren Planeten zu retten.

Du kannst damit an deiner Schule anfangen: finde Verbündete an der Schule – es gibt immer welche – und bildet eine Gruppe. Erklärt, warum es notwendig ist, die Klimabewegung nicht nur auf Schulstreiks zu begrenzen. Manche Menschen können auch Fragen haben: trefft euch nach der Schule, um zu diskutieren. Bereitet auch innerhalb der Aktionsgruppe Berichte darüber vor, was in der Welt gerade passiert. Geht gemeinsam auf die Demos und organisiert eigene Aktionen.

Also hab keine Scheu, aktiv zu werden und gegen das kapitalistische System zu handeln – Es ist unsere Pflicht nicht nur als Teil der Arbeiter*innenklasse, sondern auch als diejenigen, die den Planeten in der Zukunft übernehmen müssen.

Wenn du Fragen hast oder Unterstützung brauchst, wende dich an deine SLP-Gruppe vor Ort!

Stella, 17,

Schülerin aus Linz

Jetzt SLP-Mitglied werden!

Aufgrund der Klimakrise brennen ganze Länder. Scheinbar endlose Kriege verwüsten große Regionen. In Afrika droht die größte Hungersnot seit langem. Die nächste Weltwirtschaftskrise steht vor der Tür und bedroht auch hier unzählige Jobs und soziale Standards. Und das alles, obwohl die Menschheit längst das Wissen und die Mittel hätte, um in Einklang mit der Umwelt und

gleichzeitig ohne Mangel zu leben. Oft wirkt es so, könnte man sich eher das Ende der Welt vorstellen, als das Ende des Kapitalismus. Doch immer mehr Menschen stehen gegen diesen Wahnsinn auf. Sozialist*innen kämpfen auf der ganzen Welt für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Die SLP und ihre Schwesterorganisationen in über 30 Ländern sind Teil dieses



Bleiberecht statt Profit!

Zuletzt kam es zu Wellen der Solidarität, um Abschiebungen von Lehrlingen zu verhindern, wie bei Hos-

Schellhorn (Neos) wies darauf hin, dass es wirtschaftlich gesehen unklug wäre, Personen abzuschlieben, die

Nein zu allen Abschiebungen, nicht nur ein Ende der Abschiebung von Lehrlingen!

sein K., der eine Lehre zum Betriebselektriker in Schludging machte. Es protestierten 600 Menschen, eine Petition wurde gestartet und ein Video seiner Pateneltern verbreitet.

Abschiebungen während der Lehre wurden dank der Proteste zwar erschwert – doch finden diese dann nach der Lehre statt.

den „Fachkräftemangel“ ausgleichen können. Auch die ÖVP folgt dieser Logik: Asylwerber*innen dürfen bleiben, wenn sie für das Kapital profitabel und somit verwertbar sind. Wir stellen uns klar gegen diese Profitlogik! Lehrlinge gehören zur österreichischen Arbeiter*innenklasse, wie wohl die meisten

Christine Franz

Kopf des Monats



Seit 25 Jahren ist Mülkiye Laçın Freizeitpädagogin in Wien. Nun wurde sie im Urlaub in ihrem Heimatdorf in der Türkei festgenommen. Das Erdogan-Regime kriminalisiert sie, weil sie sich auch für die Rechte von Frauen und Kurd*innen einsetzt. Ihre Kolleg*innen im Betriebsrat starteten nun die Kampagne „Free Mülkiye“.



USA: Weg mit Trump?!

Am 18. Dezember wurde Donald Trump als erst dritter US-Präsident wegen Amtsvergehen angeklagt. Die Anklage basiert auf zwei Punkten: 1) „Machtmissbrauch“ wegen des Zurückhaltens von militärischer Unterstützung für die Ukraine, um von dortigen Beamten im Vorfeld der Wahlen 2020 einen politischen „Gefallen“ zu erpressen. 2) „Behinderung“

silen Brennstoffindustrie zugejubelt und Umweltauflagen abbaut, steuert er aktiv in großen Schritten einer globalen Klimakatastrophe zu. Er hat probiert, die Gesundheitsversicherung für Millionen von Armutsbetroffenen zu streichen, hat Gewerkschaf-ten angegriffen, Kinder von Migrant*innen aus ihren Familien gerissen. 2020 hat mit der Ermor-

enthebung auf Basis des Ukraine-Falls wenig überzeugend.

Im Gegensatz dazu gab es im Juni 2018 landesweit Massendemonstrationen gegen Trumps Einwanderungspolitik. Die Women's Marches gegen Trumps zügellosen Frauenhass waren die größten Proteste der Geschichte der USA. Hätten die Demokraten

während Millionen in der Krise ihre Jobs und Häuser verloren. Ihre Strategie der Amtsenthebung zeigt erneut, dass sie vollkommen gegen jede Herangehensweise sind, die sich auf das Mobilisieren von normalen Leuten für ihre eigenen Interessen stützt.

Linke wie Bernie Sanders und Alexandria Ocasio-Cortez beweisen, dass es innerhalb der Wähler*innenbasis der Demokraten, aber auch bei unabhängigen und sogar Wähler*innen der Republikaner, eine massive Unterstützung für eine Politik im Sinne der Arbeiter*innenklasse gibt. Rund um deren Plattform zu mobilisieren bietet eine viel bessere Chance, Trump zu schlagen als der Ansatzpunkt des Demokratischen Establishments. Indem sie diese Punkte ignoriert und alles tut, um die Kandidatur von Bernie zu sabotieren, untergräbt die Führung der Demokratischen Partei unsere Möglichkeit, Trump 2020 zu besiegen – genauso wie sie es 2016 getan hat.

Arbeiter*innen können sich keinen weiteren Sieg Trumps leisten. Während die Führung der Demokraten die Diskussion über die wahren Verbrechen Trumps vermeidet, sollte Bernie Sanders die kom-

Nur eine Politik für die Arbeiter*innenklasse kann Trump wirklich besiegen.

der Justiz“ wegen der Anweisung an Bundesbeamte, sich nicht an den Amtsenthebungsverfahren zu beteiligen. Obwohl Trump nun offiziell vom Repräsentantenhaus das Misstrauen ausgesprochen worden ist, kommt als nächstes ein Prozess im von den Republikaner*innen dominierten Senat, wo es so gut wie sicher ist, dass Trump freigesprochen wird.

Donald Trumps Präsidentschaft ist eine Bedrohung für die Arbeiter*innenklasse der USA und weltweit. Seine rassistische, Frauen verachtende Regierung hat Rechtsextreme ermutigt und zum Anstieg von gewalttätigen Hassverbrechen beigetragen. Indem er den Unternehmen der fos-

dung von Suleimani aus der Führungsspitze des iranischen Regimes durch die USA begonnen – eine kriminelle Eskalation des Konfliktes zwischen den USA und Iran, der einen großen Krieg riskiert, dessen Opfer die Bevölkerung des Mittleren Ostens ist.

Allerdings beriefen sich die Demokraten für das Amtsenthebungsverfahren auf keines dieser Verbrechen. Obwohl 10 Millionen Menschen die Amtsenthebung und die Beseitigung von Trump aus dem Amt unterstützen – was zeigt, wie sehr man ihn loswerden will –, war diese Unterstützung sehr passiv. Für viele gerade aus der Arbeiter*innenklasse ist die Argumentationslinie der Demokraten für die Amts-

das Verfahren zur Amtsenthebung mit Bezug auf Trumps brutale Angriffe auf Arbeiter*innen – die bereits zu einem öffentlichen Aufschrei geführt haben – begonnen, würden dieses Verfahren und der ganze Prozess im Senat viel mehr Leute mitreißen.

Die Socialist Alternative (Schwesterorganisation der SLP) in den USA hat davor gewarnt, dass die Strategie der mit dem Kapital eng verflochtenen Führung der Demokratischen Partei nach hinten losgehen und sogar Trump helfen könnte. Die unternehmer*innenfreundliche Führung der Partei unter Obama hatte geholfen, die Basis für Trumps Sieg zu legen, indem sie die Banken retteten,

menden Senatsprozesse als Plattform nutzen. Er sollte zu Massenprotesten gegen Trumps brutale Angriffe auf die „kleinen Leute“ und für eine Regierung im Interesse der Arbeiter*innen und nicht der Milliardär*innen aufrufen.

Ein solcher Schritt würde an die Frustration der Mehrheit der amerikanischen Wähler*innen über das gesamte politische Spektrum hinweg appellieren, die sich zu Recht vom gesamten politischen Establishment ignoriert fühlt. Die Organisation des Massenzorns über Trumps Politik ist bei weitem der effektivste Weg, ihn zu besiegen und mit dem Aufbau der Massenbewegung zu beginnen, die sich auf die soziale Macht der Arbeiter*innenklasse konzentriert und nicht nur Trump beseitigt, sondern die gesamte Agenda der rechten Milliardär*innenklasse besiegt. Socialist Alternative ist in den USA in der wieder auflebenden Arbeiter*innenbewegung und in der Bernie Sanders Kampagne aktiv, die einen Ansatz einer neuen Arbeiter*innen- und Jugendpartei darstellt.

Keely Mullen und
Kailyn Nicholson,
socialistalternative.org

Afrika: Kapital schafft Flüchtlinge

Ende 2018 befanden sich unter den 10 Ländern mit der höchsten Anzahl an Flüchtlingen 6 afrikanische (DR Kongo, Süd-Sudan, Somalia, Äthiopien, Sudan, Nigeria). Bereits während der Kolonialherrschaft wurden die Weichen für das heutige Elend gestellt. Die Kolonien sollten in Abhängigkeit von den kapitalistischen Zentren diese mit Rohstoffen oder Agrarprodukten versorgen. Sozialer Aufstieg war für die lokale Bevölkerung nur über Posten im autoritären Staat möglich. Nach der Unabhängigkeit verfolgten die Eliten des Kontinents diese Strategie weiter. Regierungs- und Staatsposten dienten über ein weites Netz an Korruption dem Aufbau einer kleinen parasitären Klasse an Kapitalist*innen, welche zur Aufrechterhaltung ihrer Macht auf Gewalt setzte. Unter Ausnutzung der von der Kolonialherrschaft geförderten rassistischen Spaltung und der desaströsen Armut wurden Ethnie (oder Clan) zur Basis von Herrschaft. Der Rassismus des sudanesischen Bashir-Regimes und der Bürgerkrieg in Darfur sind Beispiele dafür.

Doch in Afrika zeigt sich auch die Absurdität des Begriffs „Wirtschaftsflüchtling“: 2016 befanden

sich unter den 10 häufigsten Staatsbürgerschaften an Mittelmeerflüchtlingen 5 Westafrikanische. Hier sorgten bereits in den 1970er Jahren die beiden Ölpreisschocks und die erste Weltwirtschaftskrise nach dem 2. Weltkrieg aufgrund der Exportabhängigkeit für katastrophale soziale Folgen. Aufgrund der sinkenden Nachfrage konnten Länder wie der Senegal oder Guinea ihre Rohstoffe nicht mehr verkaufen. Gleches galt für Agrarprodukte. Die damit einhergehende Verschuldung rief IWF und Weltbank auf den Plan. Für Kredite wurden im Zuge von „Strukturangepassungsprogrammen“ Massenentlassungen, Währungsabwertungen, Privatisierung und Kürzungen bei Gesundheit und Bildung, sowie die Marktoffnung für internationale Konzerne verlangt. Durch die Verdrängung heimischer Kleinproduktion und drastisches Kürzen der Einkommen (z.B. im Senegal um 18 % bei Arbeiter*innen) wurde letztendlich die Basis für heutige Fluchtbewegungen geschaffen.

Die Folgen der Klimakrise drohen, noch viel mehr Menschen in die Flucht zu zwingen. Einen Kapitalismus ohne Flucht und Elend nicht gibt.

Lukas Kastner



Soziale Kämpfe in Südafrika

Was waren die wichtigsten Proteste der letzten Zeit?

Carmina: Proteste gibt es fast täglich. Bei diesen handelt es sich vor allem

mordung einer Studentin) im August und September des letzten Jahres.

Was war an diesen Kämpfen besonders?

Interview mit Carmina Shoeman der WASP (Workers and Socialist Party in Südafrika)

um Proteste für den Bau von Wohnungen, Versorgung mit Wasser, Schulen und Elektrizität etc. Diese Proteste finden jedoch isoliert statt. Besonders wichtig waren die Kämpfe gegen Rassismus (Anm. gegen Einwanderer*innen aus anderen afrikanischen Staaten) und sexualisierte Gewalt (Anm. nach der Vergewaltigung und Er-

hat einen enormen Einfluss bekommen. Das drücken auch die Proteste des letzten Jahres aus.

An welchen Kämpfen beteiligte sich WASP?

Carmina: Wir waren führend im Kampf gegen die rassistische Gewalt im August und führten verschiedene Teile der Arbeiter*innenklasse in einer Demonstration in Johannesburg zusammen. Wir verlinkten den Kampf gegen Rassismus und Sexismus und zeigten auf, dass beide Ausdruck des verroteten kapitalistischen Systems sind. Zudem sind wir in der Klimabewegung aktiv. Hier drängen wir vor allem wir den Gewerkschaftsbund SAFTU zu betrieblichen Aktionen.

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI-Mehrheit)

Zypern: We Stand With Her

In Zypern, Israel und Großbritannien gab es Anfang Dezember Proteste, nachdem eine Britin zu vier Monaten Haft wegen „Erregung öffentlichen Ärgernisses“ verurteilt wurde. Sie war Opfer einer Gruppenvergewaltigung durch israelische Staatsbürger in Zypern geworden und hatte diese angezeigt. Auch die mediale Berichterstattung und der Umgang der Regierung mit dem Fall werden kritisiert, da die-

se von „victim blaming“ (Versuche, das Opfer als Täterin darzustellen) geprägt sind. In einer gemeinsamen Stellungnahme der SLP-Schwesterorganisationen aus Zypern, Israel/Palästina und Britannien wurde u.a. die „demokratische Kontrolle der Untersuchung und des Gerichtsprozesses durch Arbeiter*innen-Organisationen und deren Frauenstrukturen“ gefordert.

nedacy.wordpress.com

Nigeria

In Nigeria kämpfen Arbeiter*innen für die Umsetzung des Mindestlohns von 30.000 Naira (ca. 75 €), der im April 2019 gesetzlich eingeführt, in über 25 Bundesstaaten aber bis Ende 2019 nicht umgesetzt wurde. Deshalb kam es im Dezember zu Streiks, bei denen auch Democratic Socialist Movement (CWI Nigeria) unterstützte und zu öffentlichen Streik- und Protestaktionen aufrief.

socialistnigeria.org

N-Irland: Gesundheitsstreik

In Nordirland streikten am 18.12. die Beschäftigten des Gesundheitsbereichs gegen niedrige Löhne und unsichere Arbeitsbedingungen. Mehrere Gewerkschaften riefen gemeinsam zu den Kampfmaßnahmen auf, die Beschäftigten begrüßt das. Die Wut über die schleppenden Verhandlungen mit der Gesundheitsbehörde über das vergangene Jahr waren dem Streik vorangegangen. Das heizte die Wut bei den Kolleg*innen

weiter an. Seit plötzlich £28 Millionen vom Finanzamt für ein neues Angebot an die Beschäftigten auftauchten, ist klar, dass das Argument, es wäre kein Geld da, eine Lüge ist. Die Socialist Party (Schwesterorganisation der SLP in Irland) unterstützt die Streiks und tritt für eine konsequente Kampagne inklusive Eskalationsstrategie ein, weil einmalige Streiks oft zu wenig sind.

socialistparty.ie



Rendi-Wagner ist nicht schuld!

Die Krise der Sozialdemokratie ist seit Jahrzehnten Thema. Seit der Ära des Sonnenkönigs Kreisky, der 1971 das Rekordergebnis von 50% einfuhr und die SPÖ zu über 700.000 Mitgliedern führte,

Diese führte dazu, dass sie von einer Arbeiter*innenpartei zur bürgerlichen Partei, wenn auch mit besonderer Geschichte, wurde.

Schon in ihren Anfängen kettete Führung der Sozial-

demokratie die Partei fest an den Kapitalismus. Es wurde versucht, diesen zu zähmen und die brutalsten Auswüchse zu beseitigen – aber nicht das System selbst. Die Revolution wurde 1918 bewusst verhindert. Stattdessen baute man das „Rote Wien“ auf – zwar mit handfesten Verbesserungen für die Wiener Arbeiter*innen, aber nie mit der ernsthaften Perspektive, das System (oder auch nur die Stadtgrenzen) zu überwinden.

Das Projekt musste Scheitern und die ganze österreichische Arbeiter*innenklasse musste den blutigen Preis dafür zahlen. Überwindung, sondern die Reform des Kapitalismus ist, dann ergibt sich logisch die eigene Rolle daraus: eine Partei zu sein, die versucht in staatlicher bzw. Regierungsverantwortung soziale Akzente zu setzen. Daher kommt auch das Problem mit der Oppositionsrolle. Die Spielräume für Reformen aber hängen nicht von der Überzeugungskraft der Argumente, sondern von harten wirtschaftlichen Fakten und Kräfteverhältnissen ab.

Die Verbürgerlichung der Sozialdemokratie war ein langer Prozess, zu dem der Verlust einer aktiven Parteibasis sowie einer Verankerung in der Arbeiter*innenklasse gehörte. Kämpfe und Stimmungen der Klasse drücken sich längst nicht mehr in der SPÖ aus. Die SPÖ nützt zwar ihre Verbindung zur Gewerkschaft noch zur Durchsetzung der Parteiinteressen (Stichwort: Stillhalten bei

Kürzungen), aber in die andere Richtung funktioniert das nicht mehr. Der Verlust der Verankerung in Wechselwirkung mit der Umsetzung brutaler Kürzungspolitik war die Grundlage für die Serie von Wahlniederlagen.

Auf der Suche nach einer neuen sozialen Basis musste die SPÖ feststellen, dass diese schon besetzt war: die ÖVP deckte das Kapital und die Bäuer*innenschaft ab, die FPÖ v.a. Kleinunternehmen und zunehmend verarmte Schichten der Arbeiter*innenklasse und die Grünen bzw. Neos ein modernes, urbanes Klientel. Also blieb der SPÖ nur der Rückzug auf die Rolle als staatstragende Partei, die das Beste für „die Wirtschaft“ tut. Letztere war – auch als Relikt aus der Kreisky-Ära – v.a. internationales Kapital. Ausdruck dieses Wandels waren der Wechsel von SPÖ-Politiker*innen von bzw. zu Multis wie Siemens, VW oder Magna.

Alle Ideen, die Sozialdemokratie mit „alten Werten“ zu „alter Stärke“ zu bringen, müssen scheitern. Weder Julia Herr noch Max Lercher versuchen auch nur, aus dem Widerspruch „links reden, rechts handeln“ auszubrechen. In einigen Staaten sah es zeitweise nach linken Kurswechseln aus: Corbyn in

Die Krise der Sozialdemokratie ist die Folge von Reformismus und Verbürgerlichung.

te befindet sich die Partei im Sinkflug. Doch mit den Wahlniederlagen der letzten Jahre hat die Krise eine neue Qualität erreicht. Während die „Politikexpert*innen“ im Fernsehen analysieren, dass die SPÖ in der Opposition nicht angekommen sei, hoffen viele in der Partei auf eine Erneuerung in eben dieser. Erneuerungswünsche reichen von „zurück zu alten Werten“ bis Übernahme rechter „Erfolgsmodelle“.

Doch was ist eigentlich gescheitert? Sozialistische Ideen sind es nicht, sie erfreuen sich – siehe Sanders – wachsender Beliebtheit. Es sind auch nicht die Veränderung in der Erwerbsstruktur oder ein gestiegenes Bildungslevel, welche die Sozialdemokratie überflüssig gemacht hätten. Die langanhaltende Krise der Sozialdemokratie hat ihre Wurzeln letztlich in der ursprünglich reformistischen Ausrichtung dieser Partei.

Britannien ist der Bürokratie aber eher „passiert“ und wurde so vorübergehend zum Hoffnungsträger für linke Sozialdemokrat*innen. Das Scheitern von Labour bei den vergangenen Wahlen ist aber nicht das Ergebnis eines zu linken Kurses. Corbyn ist am Versuch zerrissen, den Spagat zwischen rechtem Labour-Apparat und teilweise neuer linker Basis und Wähler*innenschaft auf Dauer aufrecht zu erhalten. Der Ruf nach der Einheit dieser zwei widerstrebenden Kräfte hat zur Schwächung und zum wohl mittelfristigen Sieg der Rechten in der Labour Party geführt.

Die alte Debatte in der Arbeiter*innenbewegung über die Frage von Reform oder Revolution muss angesichts der tiefen Krise, in der sich das kapitalistische System und die bürgerliche Demokratie befinden dringend wieder aufgenommen werden – allerdings weniger in der SPÖ, als in und um neue linke Projekte. Denn wahrscheinlicher als die Umwandlung der Sozialdemokratie wieder in eine Arbeiter*innenpartei ist der Aufbau einer neuen, sozialistischen Arbeiter*innenpartei aus den sozialen Bewegungen und Klassenkämpfen, die stattfinden.

Sonja Grusch

Fünf Gründe, warum...

1 Frauen sind am stärksten von gekürzten oder nicht vorhandenen Sozialleistungen betroffen. Für Gleichberechtigung braucht es keine Lippenbekenntnisse, sondern flächendeckende, kostenlose Kinderbetreu-

...ein feministischer Streik notwendig ist.

ung, ein ausfinanziertes öffentliches Kranken- und Pflegesystem und gleiches Einkommen für Frau und Mann, von dem man ordentlich leben kann.

2 Thematisiert werden u.a. Haushalts- und Frauenstreiks. Erstere sollen v.a. im familiären Kreis die Ungleichverteilung der Hausarbeit zeigen.

Nachvollziehbar! Doch werden so gesellschaftliche Probleme auf die individuelle Ebene gezogen. Frauenstreiks, an denen nur Frauen teilnehmen, erwecken den Eindruck, Männer seien das Problem. Das lenkt vom wirklichen Verur-

sacher ab – der Gesellschaft in ihrer jetzigen Form.

3 Um Wirtschaft und damit die Tonangeber*innen zu echten Veränderungen zu zwingen, braucht es betriebliche Streiks wie z.B. 2019 in Spanien und der Schweiz. Beim feministischen Streik sind alle miteinbezogen, denn wenn nicht alle Beschäf-

tigten Teil des Streiks sind, fehlt es an Durchschlagskraft.

4 Eigentlich wären Frauenfragen Gewerkschaftsfragen, aber auch hier stößt man auf die hohen Phrasen, nicht auf den Willen zu konkreten Handlungen. Um das zu ändern, braucht es Druck von unten.

5 Ein feministischer Streik zeigt nicht nur die momentanen Missstände auf. Er ist die Möglichkeit, gesellschaftliche Probleme kollektiv anzugehen und erfolgreich zu bekämpfen – gemeinsam als Frauen und Männer. Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer selbstbewussten und kämpferischen Arbeiter*innen-Bewegung.

Esther Szstatecsny

Vor 70 Jahren...

**AMERICANS
DON'T PATRONIZE REDS !!!
YOU CAN DRIVE THE REDS OUT OF
TELEVISION, RADIO AND HOLLYWOOD
THIS TRACT WILL TELL YOU HOW.
WHY WE MUST DRIVE THEM OUT:**

Beginn der McCarthy-Ära: Namensgeber für die staatliche Verfolgung (vermeintlicher) Kommunist*innen ist der US-Senator Joseph McCarthy. Nach 1945 standen die UdSSR und China im außenpolitischen Fokus. Dank Staatspropaganda stieß die Verfolgung von „Kommunist*innen“ in den USA auch in breiteren Teilen der Bevölkerung auf Zuspruch. Roosevelts New Deal wurde als „kommunistisch“ verunglimpt; Beschäftigte im Staatsdienst einer Gesinnungsüberprüfung unterzogen. Die Ausrottung sozialistischer Ideen gelang trotzdem nicht. Mit Bernie Sanders, Alexandria Ocasio-Cortez und nicht zuletzt Kshama Sawant zeigt sich heute: Sozialistische Ideen sind in den USA populärer denn je.

Stefanie Klamuth

Sozialistische LinksPartei Wofür wir stehen

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Brutto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch

- bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitätern in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisierung und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechts-extreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand

- und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnen-politik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.
- Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu

- regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.



8. März: Internationaler Frauen*kampftag!

Viele der jüngsten Ereignisse zeigen, dass der Kampf um Frauen*rechte nach wie vor dringend

oder der weiteren Verlagerung der Pflege ins Private (ÖVP/Grüne). Die kostenlose oder unterbe-

fen, wenn wir auch dieses System bekämpfen.

Vielerorts entsteht Widerstand gegen Sexis-

Sozialbereich oder der erfolgreiche Kampf gegen das Abtreibungsverbot in Irland.

In diesem Sinne wollen wir auch in Linz den Protest für Frauen*rechte auf die Straße bringen und eine Demonstration am 8. März, dem Internationalen Frauen*kampftag, sicherstellen - hilf mit, diesen Widerstand gegen Gewalt, Kürzungspolitik und Bevormundung gemeinsam zu organisieren.

Sarah Lammer

In Linz und überall: Gemeinsam auf die Straße gegen Sexismus und Kapitalismus!

nötig ist: Von Rekordzahlen weiblicher Mordopfer bis zur Kürzungspolitik bei der Nachmittagsbetreuung in Oberösterreich (ÖVP/FPÖ)

zahlte Arbeit von Frauen* ist im Kapitalismus eine Notwendigkeit. Echte Gleichberechtigung, die nicht nur am Papier steht, können wir nur erkämp-

fen und Ausbeutung - z.B. die lateinamerikanische Bewegung „Ni una menos“ gegen Gewalt an Frauen*, die Streiks im überwiegend weiblichen



Gibt es nicht aus Profitstreiben. Gibt es aus Überzeugung.

Jetzt abonnieren!

Normal-Abo: € 24,-
Sozial-Abo: € 14,-
(für Menschen ohne eigenes Einkommen)
All-inclusive-Abo: ab € 7,- /Monat
Zeitung und alle anderen Publikationen der SLP

Abo-Zahlungen & Spenden:
IBAN: AT 256000000000 8812733
BIC: OPSKATWW



- > Berichte
- > Hintergründe
- > Analysen
- aus sozialistischer Sicht.

www.slp.at | slp@slp.at | [/slp.cwi](https://slp.cwi)

Termin

Linz:
Demo zum
internationalen
Frauen*tag!
8. März,
14⁰⁰ Uhr,
Musiktheater
am Volksgarten

Treffpunkte

GRAZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Montag, 19⁰⁰ Uhr
in der 'Stadtschenke'
Neutorgasse 22

LINZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Dienstag, 18⁰⁰ Uhr
in der 'Alten Welt'
Hauptplatz 4

SALZBURG-STADT

SLP-Ortsgruppe
jeweils Freitag, 19⁰⁰ Uhr
im 'Shakespeare'
Hubert-Sattler-Gasse 3
(Nähe Mirabellplatz)

VÖCKLA BRUCK

SLP-Ortsgruppe
jeden 2. Donnerstag,
(Genaue Termine findest du auf
der SLP-Website)

WIEN

SLP Wien West
jeweils Montag, 18⁰⁰ Uhr
in der
'Zypresse'
7; Westbahnstraße 35a
(Nähe Urban Loritz-Platz)

SLP Brigittenau 1
jeweils Dienstag, 18³⁰ Uhr
im SLP-Büro
20; Pappenheimgasse 2/1
(Bei "Büro" läuten)

SLP Brigittenau 2
jeweils Donnerstag, 18³⁰ Uhr
im SLP-Büro
20; Pappenheimgasse 2/1
(Bei "Büro" läuten)